



Stadt Kamen

Niederschrift

STGF

über die

1. Sitzung des Sozial-, Teilhabe-, Generationen- und Familienausschusses
am Dienstag, dem 12.03.2024
im Sitzungssaal I des Rathauses

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:16 Uhr

Anwesend

SPD

Frau Alexandra Bartosch
Herr Oliver Bartosch
Frau Carina Feige
Herr Klaus Gödecker
Frau Christiane Klanke
Frau Wiebke Kramer
Frau Brigitte Langer

CDU

Frau Susanne Brzuska
Herr Rainer Fuhrmann
Herr Wilhelm Kemna
Frau Dr. Petra Kleinz
Frau Gisela Windmüller

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Christina Kollmann
Frau Manuela Laßen
Frau Tanja Wronski

DIE LINKE / GAL

Herr Klaus-Dieter Grosch

FDP

Herr Klaus Hößl

WG Kamen

Frau Tanja Brückel

Sachverständige

Herr Helmut Brand
Frau Daniela Brock

Herr Walter Görlitz
Frau Petra Jung
Frau Renate Jung
Herr Heinz Detlef Klafke
Herr Manfred Scholz

Verwaltung

Marina Dörmann
Herr Andreas Eichler
Frau Laura Müller
Frau Hanna Schulze

Gäste

Frau Jennifer, Kreis Unna Schmandt

Entschuldigt fehlten

Herr Mehmet Akca
Frau Martina Dulleck-Blumenröhr
Frau Bärbel Filthaut
Frau Gabriele Hartleif-Müller
Herr Norbert Piening
Frau Helga Pszolka
Frau Heike Roß
Frau Kerstin Schneider
Frau Ulrike Skodd
Frau Frauke van Lück
Herr Jörg Wüster

Frau **Laßen** eröffnete die Sitzung und stellte fest, dass die Einladung fristgerecht zugegangen sei.

Änderungswünsche zur Tagesordnung lägen nicht vor.

Frau **Schulze** wies darauf hin, dass die Sitzungen fortan aufgezeichnet werden. Dagegen lagen keine Einwände vor.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Menschen mit Behinderungen und politische Partizipation u.a. Referentin: Frau Jennifer Schmandt, Inklusionsbeauftragte, Kreis Unna	
3	Stärkungspakt NRW hier: Bericht der Verwaltung	
4	Anregungen aus den Behindertenverbänden	
5	Anhörung nach dem Behindertengleichstellungsgesetz	
6	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.

Menschen mit Behinderungen und politische Partizipation u.a.
Referentin: Frau Jennifer Schmandt, Inklusionsbeauftragte, Kreis Unna

Zum Thema Inklusion stellte Frau **Schmandt** anhand einer Präsentation die allgemeine Situation im Kreis Unna dar. Sie stellte die aktuelle Weiterentwicklung im Inklusionsprozess da und erläuterte das Modellprojekt „In Zukunft inklusiv“.

Das Projekt „In Zukunft inklusiv“ läuft von Mai 2023 bis April 2025 und wird vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert. Der Träger dieses Projektes ist die Landesgemeinschaft SELBSTHILFE NRW e. V.

Hierbei werde das Ziel der Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung durch Stärkung der politischen Partizipation verfolgt.

Der Workshop findet am 11. April 2024 von 14.00 bis 18.00 Uhr statt.

Die Präsentation liegt der Niederschrift als Anlage vor.

Frau **Petra Jung** bedankte sich für den Vortrag. Sie erfragte die Organisation der Einladung hinsichtlich auf die Terminierung und die Erreichbarkeit des Workshop Ortes. Sie würde gerne wissen, ob beispielsweise eine Fahrgemeinschaft geplant sei.

Frau **Schmandt** teilte hierzu mit, dass die Einladung an alle Werkstätten und an alle Einrichtungen der Eingliederungshilfen gegangen sei. Dabei werde hier, hinsichtlich der Möglichkeit der Teilnahme, auf Mithilfe der ver-

schiedenen Organisationen gehofft.

Frau **Petra Jung** wies darauf hin, dass genau dort die Problematik der Barrierefreiheit beginne.

Frau **Schmandt** bedankte sich für die Anregung.

Frau **Renate Jung** ergänzte, dass sie die Teilnahme an dem Workshop wichtig fände, da es diese Art von Veranstaltungen nicht regelmäßig im Kreis Unna gebe.

Des Weiteren bat sie Frau Schmandt die Zusammensetzung des Fachbeirats Inklusion zu erläutern.

Frau **Brückel** erfragte, ob die Förderschulen im Kreis Unna auch angesprochen werden.

Frau **Schmandt** teilte mit, dass sich der aktuelle Workshop an Erwachsene richtet.

Frau **Brückel** fügte hinzu, dass 16-Jährige auch eine Zielgruppe gewesen wären.

Frau **Schmandt** bedankte sich für die Anmerkung und werde es an den Projektträger weitergeben.

Frau **Petra Jung** erkundigte sich, ob der Workshop in leichter Sprache stattfinde.

Frau **Schmandt** führte aus, dass eine Gebärdendolmetschung vorhanden sein werde und während des Workshops generell leicht und verständlich kommuniziert werde. Wenn desweiteren der Bedarf auf leichte Sprache bestehe, müsste der Bedarf gemeldet werden.

Frau Schmandt bezog sich auf die Zusammensetzung des Fachbeirats Inklusion. Dieser setzt sich zusammen aus den Vorsitzenden der Behindertenbeiräte im Kreis Unna, gegebenenfalls den zuständigen Stellen in den Kommunen und weiteren Multiplikatoren.

Der Fachbeirat Inklusion trifft sich grundsätzlich vier Mal im Jahr.

Herr **Fuhrmann** erfragte, ob Jugendliche mit Einschränkungen aktuell beteiligt seien.

Frau **Schmandt** verneinte dies. Jedoch nehme Sie die Anregung mit.

Frau **Schulze** versicherte, die Informationen zu dem Workshop weiter zu vermitteln.

Frau **Laßen** fügte hinzu, dass die Werkstätten die Teilnahme an dem Workshop bestimmt unterstützen würden.

Es lagen keine weiteren Anfragen vor.

Zu TOP 3.

Stärkungspakt NRW hier: Bericht der Verwaltung

Frau **Schulze** legte den aktuellen Stand dar. Der Stärkungspakt umfasste 260.001,00€. Hiervon konnten 258.441,00€ verausgabt werden. Es verbleibe lediglich ein Restbetrag von rd. 1.560,00€, welcher an das Land zurückgezahlt werden muss. Durch die enggestrickten Förderrichtlinien war es durchaus schwierig die Gelder sinnvoll einzusetzen. Jedoch konnte in der Gesamtheit die Summe sehr gewinnbringend eingebracht werden.

Herr **Eichler** referierte anhand einer der Niederschrift beigefügten Präsentation.

Hintergrund der Finanziellen Unterstützung der Kommunen waren die krisenbedingt steigenden Energiepreise, die hohe Inflation und die verstärkte Inanspruchnahme sozialer kommunaler Infrastrukturen. Die finanzielle Unterstützung war nur auf das Haushaltsjahr 2023 ausgerichtet.

Die konkrete Umsetzung in Kamen setzte sich aus Personalaufstockung, Freizeitangebote, KITAS gegen Kinderarmut, Austauschprogramm weiße Ware und Einzelfallhilfen zusammen. Die Stadt Kamen musste vierteljährig an das Ministerium berichten. Der nächste Termin ist hier Ende März 2024.

Frau **Brückel** erfragte, ob es eine Auflistung darüber gäbe, welche Träger in Kamen das Paket in Anspruch genommen haben.

Frau **Schulze** bejahte dies. Es legen für alle Ausgaben Nachweise vor. Die Nachweise wurden an das Ministerium weitergegeben und können im Einzelfall nachverfolgt werden. Jedoch liegt für den Ausschuss aktuell keine detaillierte Übersicht vor.

Herr **Fuhrmann** erkundigte sich nach dem Personal und erfragte, ob das Personal automatisch in den Städtehaushalt fließe oder entlassen wurde.

Frau **Schulze** erklärte, dass in manchen Fällen die Stunden aufgestockt wurden. Aus den befristeten Verträgen haben sich nicht automatisch unbefristete Verträge gebildet. Somit sind diese Verträge bereits ausgelaufen und laufen nicht auf Kosten der Kommune weiter.

Herr **Grosch** erfragte, ob es sich in diesem Bereich auch um Honorarkosten handle.

Herr **Eichler** bejahte dies. Es wurden Mitarbeiter auf Honorarbasis beschäftigt, die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit aufgestockt und es wurden zusätzliche Stellen geschaffen.

Frau **Schulze** erläuterte, dass es sich laut den Richtlinien auch um zusätzliche Stellen handeln musste.

Herr **Fuhrmann** ergänzte, dass er bei 65% der Gelder, welche nur für Personalkosten geflossen seien, ein Ungleichgewicht sehe.

Frau **Schulze** wies darauf hin, dass in den 65% Personalkosten beispielsweise auch eine Psychotherapeutin für geflüchtete Kinder mit enthalten sei. Es handle sich bei den Stellen also gerade nicht um sogenannte Overhead-Kosten, sondern vielmehr um Stellen in der konkreten Umsetzung der Armutsbekämpfung.

Herr **Fuhrmann** bedankte sich.

Frau Dr. **Klein** erkundigte sich wie viele Neueinstellung vorlagen und ob es sich dabei nur um Zeitverträge handelte.

Frau **Schulze** bejahte dies. Es handelt sich um ungefähr sechs zeitlich befristete Neueinstellungen bzw. Stellenerweiterungen.

Es lagen keine weiteren Anfragen vor.

Zu TOP 4.

Anregungen aus den Behindertenverbänden

Herr **Klafke** erkundigte sich nach dem Kombibad. Er erfragte den aktuellen Planungsstand in Hinblick auf das Blindenleitsystem im Außenbereich des Freibads.

Frau **Schulze** bedankte sich für die Erinnerung. Die Informationen werden in der nächsten Sitzung nachgereicht.

Zu TOP 5.

Anhörung nach dem Behindertengleichstellungsgesetz

Es lag keine Mitteilungen vor.

Zu TOP 6.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Frau **Schulze** teilte mit, dass der Rat der Stadt Kamen beschlossen habe an der landesweit gültigen Ehrenamtskarte teilzunehmen. Alle ehrenamtlich Tätigen Personen aus Kamen, welche mindestens 250 ehrenamtliche Stunden pro Jahr nachweisen können, haben die Möglichkeit eine Ehrenamtskarte zu beantragen. Alle umfassenden Informationen seien auf der Homepage der Stadt Kamen zu finden.

Insgesamt gebe es zwei Varianten der Ehrenamtskarte. Zum einen gebe es die reguläre Ehrenamtskarte. Diese sei zwei Jahre gültig. Des Weiteren gebe es noch die Jubiläums Ehrenamtskarte. Hierfür seien 25 Jahre im Ehrenamt nachzuweisen. Diese Karte ist lebenslang gültig. Bei einer Jubiläums Ehrenamtskarte sei keine reguläre Ehrenamtskarte im Voraus notwendig. Die generelle Antragsstellung auf eine Ehrenamtskarte sei von dem jeweiligen Verein zu bestätigen und werde durch die Stadt Kamen nicht mehr geprüft.

Frau **Brückel** hinterfragte, warum die Stadt Kamen pflegende Angehörige bei der Ehrenamtskarte ausgeschlossen haben.

Frau **Schulze** verwies auf die Regelungen des Landes. Die Regelungen seien auf Landesebene entschieden worden.

Frau **Wronski** erkundigte sich nach Obdachlosen in der Stadt. Sie würde gerne wissen, wie die Stadt Kamen bei der Kälte mit obdachlosen Menschen umgehe. Insbesondere wurde erfragt, was die Stadt Kamen für Obdachlose tue. Hier mit dem Hintergrund des aktuellen Todesfalles auf dem Marktplatz.

Frau **Schulze** wies auf den aktuellen Todesfall hin, der auch im Rathaus viele Personen betroffen gemacht habe.

Der Außendienst der Stadt Kamen, sowie einzelne weitere Mitarbeiter, haben in regelmäßigem Kontakt mit der betroffenen Person gestanden und es wurden vielfach Hilfsangebote gemacht.

Vielfach, sowie zum Teil auch in diesem Fall, wird von Obdachlosen diese Hilfe jedoch abgelehnt. Beispielsweise wurden in der Vergangenheit in mehreren Fällen Angebote zur Unterbringung in städtischen Unterbringungsmöglichkeiten unterbreitet. Diese werden jedoch abgelehnt bzw. weitere Hinderungsgründe, die in den persönlichen Umständen der Betroffenen begründet sind, machen eine Unterbringung unmöglich. Eine reine Obdachlosenunterkunft gebe es in Kamen nicht.

Generell habe die Stadt Kamen eine überschaubare Zahl an obdachlosen Personen. Dadurch kenne man die betroffenen Personen gut und sei stets im Austausch mit ihnen. Es werde zusätzlich ein enger Kontakt zur Caritas gepflegt.

Frau **Wronski** erkundigte sich nach der ärztlichen Unterstützung für obdachlose Personen.

Frau **Schulze** teilte hierzu mit, dass die Caritas einen guten Kontakt zu den obdachlosen Personen habe und diese in vielen Bereichen unterstütze.

Frau **Brückel** erfragte, ob bei den Außendienstmitarbeitern eine Ausbildung in Richtung Sozialarbeit vorlege und ob die Caritas offiziell von der Stadt Kamen beauftragt wurde.

Frau **Dörmann** fügte hinzu, dass die Stadt Kamen eng mit der Caritas zusammen arbeite. Dort seien die Mitarbeiter entsprechend geschult.

Frau **Schulze** ergänzte, dass es zwischen der Stadt Kamen und der Caritas keinen offiziellen Vertrag gäbe. Hierbei handele es sich um Projekte der Caritas.

Für weitere Informationen schlug Frau Schulze vor, die Caritas in eine der nächsten Sitzungen einzuladen.

Frau Schulze teile mit, dass die Stadt Kamen im Bereich Eingliederungshilfe eine neue Verfahrenslösung beschäftigt habe. Die Kollegin werde in eine der nächsten Sitzungen eingeladen um Ihre Arbeit vorzustellen.

Frau **Dörmann** teilte die aktuellen Zahlen der geflüchteten Personen in Kamen mit. Aktuell sind 546 geflüchtete ukrainische Personen und 144 Asylbewerber aus verschiedenen Nationen in Kamen. Die Stadt Kamen hat im dritten und vierten Quartal 2023 60 Personen neu aufgenommen. Diese wurden der Stadt Kamen über die Bezirksregierung Arnsberg zugewiesen.

Frau Dr. **Kleinz** erfragte, wo aktuell die unbegleiteten, minderjährigen Ge-

flüchteten aufgefangen werden, da der SkF aus Unna den Vormund-
schaftsverein aus finanziellen Gründen aufgeben musste. Des Weiteren
wurde erfragt, wie der aktuelle Stand der Bezahlkarte sei.

Frau **Schulze** sagte zu, dass die aktuellen Informationen zum Thema un-
begleitete minderjährige Geflüchtete dem Protokoll beigelegt werden.

*-Die Vormundschaften für die betroffenen Minderjährigen sind neu anzu-
ordnen. Derzeit sind Kooperationsgespräche mit einem weiteren Betreu-
ungs- bzw. Vormundschaftsverein - Katholischer Sozialdienst Hamm - kurz
vor dem Abschluss, um den Bedarf auch an neuen Vormundschaften ge-
währleisten zu können. Mit dem Diakonischen Werk haben die Stadt
Kamen bereits seit vielen Jahren eine gut funktionierende Kooperation.-*

Bezüglich der Bezahlkarte warte die Stadt Kamen auf Vorgaben der Lan-
desregierung. Sobald es Neuigkeiten gebe, werden diese weitergegeben.

Frau Dr. **Klein** bedankte sich.

Es lagen keine weiteren Anfragen vor.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Es lagen keine Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen vor.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

keine

gez. Laßen
Vorsitzende

gez. Dörmann
Schriftführerin